

wespennest//184//leseprobe

2			
Editorial		SCHWERPUNKT	78
4		Zerbrechende (Un-)Ordnungen	Martin Schürz
Sabine Gruber		36	Wer hat Angst vor Erbschaftssteuern?
Die Dauer der Liebe.		Birgit Sauer	Über Armut, Grausamkeit und die
Auszug aus dem gleichnamigen Roman		Die Ordnung des Staates.	Heucheleien der Vermögens-
12		Unordentliche Gedanken zum	verteidigungsindustrie
Andreas Lehmann		post-pandemischen und autoritär-	
Wer ich nicht bin		militaristischen Staat	
16		39	
Valérie Rouzeau		Meinhard Rauchensteiner	82
VROUZ.		Der Untergang des Abendlandes	Friederike Gösweiner
Gedichte		als Sitzordnung.	Ein poetologisches Making-of des
19		Bemerkung zu Protokoll und	Romans <i>Regenbogenweiß</i> .
Malte Persson		Zeremoniell anhand kleiner Beispiele	Wiener Vorlesung zur Literatur
An das Gedicht		42	
23		Ulrich van Loyen	
E.A. Richter		Ernste Spiele.	BÜCHER
Aus: Totholz Licht		Feldforschung in Italien	96
26		48	Hazel Rosenstrauch
Hugo Kurt		Natascha Strobl	Gaspard Kœnig: Mit Montaigne auf
Gegenbewegungen.		Kein Weg zurück. Multiple Krisen,	Reisen
Dritte Ausschnitte		entgrenzte Kulturkämpfe und die	97
		Notwendigkeit eines nicht-dystopischen	Chris Zintzen
		Blicks in die Zukunft	Hanne Römer/.aufzeichnensysteme:
		53	RAUTE
		Lois Hechenblaikner	100
		Aus der Fotoserie «Après Ski»	Thomas Eder
		59	Ferdinand Schmatz: STRAND /
		Andrea Roedig im Gespräch mit	DER VERSE LAUF
		Lois Hechenblaikner	102
		Servus in Austria.	Stephan Steiner
		Vom Zerbrechen der alpinen Ordnung	Günther Anders: Gut, dass wir einmal
		62	die hot potatoes ausgraben /
		Christian Metz	Günther Anders: Der Emigrant
		Brüchige Welt.	104
		Über Literatur als Reparatur	Martin Reiterer
		68	Luz/Despentes: Vernon Subutex
		Stephan Steiner	
		Löcher in der Geschichte.	110
		Unsere vergessene Zeitenwende	Autor:innen, Anmerkungen, Buchhandel
		73	
		Valentin Groebner	
		Im Land der alten Frauen.	
		Ein Reisebericht	

Martin Schürz

Wer hat Angst vor Erbschaftssteuern?

Über Armut, Grausamkeit und die Heucheleien der Vermögensverteidigungsindustrie

Schlimmer als Heuchelei sei Grausamkeit. Diese Priorisierung der menschlichen Laster war für die politische Theoretikerin und intellektuelle Ausnahmeerscheinung Judith Shklar evident. Die Politikwissenschaftlerin formulierte einen theoretischen Ansatz, den sie in einem gleichnamigen Aufsatz als «Liberalismus der Furcht» bezeichnete. Axel Honneth sprach später von einem «Liberalismus von unten». Shklars Konzept zufolge muss die Politik sensibel für das Leid von Menschen bleiben. Jeder Mensch habe einen Anspruch auf ein Leben ohne Furcht, und die Aufgabe der Politik sei es, eine gesellschaftliche Ordnung festzulegen, die die sozialen und politischen Quellen der Furcht mindert. Die politische Ordnung muss verhindern, dass das Schlimmste eintritt, und das ist - gemäß Shklars Auffassung - die Grausamkeit der Menschen gegenüber ihren Mitmenschen. Ihre Definition von Grausamkeit ist nicht verschnörkelt oder überladen. Sie meint damit schlicht jenen körperlichen oder emotionalen Schmerz, der einer schwächeren Person durch eine stärkere zugefügt wird.

Als Vertreterin des Liberalismus betrachtete auch Shklar den Staat als die größte Quelle von Furcht. Thomas Hobbes hatte im *Leviathan* den «Naturzustand» beschrieben als «tausendfaches Elend, Furcht, gemordet zu werden, stündliche Gefahr, ein einsames, kümmerliches, rohes und kurz dauerndes Leben». Die Menschen unterwürfen sich aus Furcht vor einem gewaltsamen Tod einem allmächtigen Staat. Der «Leviathan» sei in der Lage, diese Angst vor der Gewalt der anderen zu nehmen, doch verschiebe sich damit die Angst auf den Staat selbst, der sich seinerseits grausam verhalten könne. In der Logik des Liberalismus benötigen Menschen daher private Eigentumsrechte zum Schutz vor staatlicher Willkür. Doch ein guter Liberalismus, wie er Shklar vorschwebt, achtet auf alle Formen von Macht-

missbrauch und Grausamkeiten, nicht nur jene des Staates. «Es wäre», so schreibt sie in *Liberalismus der Furcht*, «eine liberale Gesellschaft, ... in der niemand so arm wäre, sich verkaufen zu müssen, und niemand so reich, andere kaufen zu können.» Die Streuung von Privateigentum sei ein emanzipatorischer Fortschritt gegenüber der Konzentration des Eigentums bei absolutistischen Herrschern und der Aristokratie gewesen. «Eigentümerschaft darf aber nicht unbegrenzt sein, weil sie in erster Linie ein Rechtsgeschöpf ist und einem öffentlichen Zweck dient - der Streuung von Macht.»

Bei politischen Ordnungen von der Frage auszugehen, was am schlimmsten sei, erlaubt eine Schärfung der politischen Urteilskraft. Jan-Werner Müller formuliert in seinem Buch *Furcht und Freiheit* als primäre Aufgabe der Politik, zunächst einmal den Hilfsbedürftigen zuzuhören. Denn diese können sich nicht auf den Staat und dessen Wohlwollen verlassen.

Armut ängstigt und vereinzelt. Armut macht hoffnungslos, und für viele ist dies eine existenzielle Erfahrung. Kindheitsängste, die vom Aufwachsen in Armut geprägt sind, bleiben oft ein Leben lang. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als sechzig Prozent des Medianeinkommens bezieht. Der Schwellenwert zur Armutsgefährdung für einen Einpersonenhaushalt liegt in Österreich aktuell bei 1371 Euro Nettomonatseinkommen (zwölf Mal im Jahr). 1,5 Millionen Menschen waren dieser Definition zufolge hierzulande armutsgefährdet.

Aus armen Kindern werden arme Erwachsene, die kürzer leben und öfter chronisch krank sind. Viele durchlaufen nur eine kurze und mangelhafte Ausbildung und gelangen nur in prekäre Jobs. In eine arme Familie ge-

Kinderarmut wäre angesichts der vorhandenen Ressourcen schnell und billig zu beseitigen.



boren zu werden, bedeutet daher oft auch, im Erwachsenenleben und im Alter arm zu sein. Kinderarmut hat folglich alle Charakteristika eines moralischen Skandals. Sie ist nie von den Kindern zu verantworten. Hinzu kommt: Kinderarmut wäre angesichts der vorhandenen Ressourcen schnell und billig zu beseitigen.

Spuren von politischer Grausamkeit finden sich insbesondere in der Ausgestaltung des Armenwesens. Die Sozialhilfe betrug 2022 für Alleinlebende 978 Euro pro Monat und wurde zwölf Mal im Jahr ausgezahlt, und die einzelnen Bundesländer regeln sie sehr unterschiedlich. In Niederösterreich etwa erhalten nur zehn Prozent der armutsgefährdeten Personen Sozialhilfe, in Kärnten sind es sogar nur sechs Prozent. Armut wird so nicht verhindert. Die Gesamtkosten betragen im Durchschnitt über die letzten Jahre für die zwischen 200 000 und 300 000 Begünstigten bescheidene 900 Millionen Euro - 0,8 Prozent aller Sozialausgaben. Ein Leichtes wäre es demnach für die Politik, Grausamkeiten zu mildern und sich großzügig gegenüber den Schlechtestgestellten in der Gesellschaft zu zeigen.

Grausamkeit gegenüber den Nöten der Ärmsten ist ein traurig stimmendes, aber beliebtes politisches Konzept. Wenn man den existenziellen Druck auf Arme erhöht, dann macht das den Betroffenen notgedrungen Angst, und ein Begleiteffekt ist die Signalwirkung für Einkommensschwache mit prekären Jobs. Diese spüren die Bedrohung und fürchten sich, irgendwann auch in diese Notlage zu kommen.

Die politische Grausamkeit wird offenbar in der Scham und gleichzeitig durch sie verborgen. Die gesellschaftliche Herabwürdigung der Armen ist das Ziel einer Angst machenden Politik, und soziale Beschämung senkt die Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Diese Form von Grausamkeit ist transparent. Über die eigene Scham der Armen, beim Beantragen der Sozialleistung gesehen zu werden, wird die Grausamkeit allerdings kaschiert. In kleinen Gemeinden, wo eine persönliche Antragstellung notwendig ist, beantragen Anspruchsberechtigte die Sozialhilfe viel seltener als in größeren Städten. Sie schämen sich ihrer Armut, und die Politik will diese soziale Kontrolle - andernfalls könnte sie ja anonymisierte Antragsformen ermöglichen.

Eine «Mindestsicherung» würde der demütigenden «Sozialhilfe» schon sprachlich etwas entgegensetzen. Sie wäre kein Almosen der Obrigkeit. Erst mit einer Mindestsicherung könnten moralisierende Urteile über die «faulen Armen» zurückgedrängt werden. Eine Mindestsicherung in Österreich wäre mit einem Rechtsanspruch versehen, sie würde für alle Bedürftigen gelten und wäre nicht an die Staatsbürgerschaft gebunden. Von ökonomischen Expert:innen wird gerne behauptet, eine hohe Mindestsicherung böte zu geringen Anreiz für Arbeitsaufnahme. Die Grausamkeit, Menschen in Armut zu belassen, müsse demnach sein. Neoliberale Politik braucht Angst als Motivation zur Verhaltensanpassung. Grausamkeit ist ihr daher inhärent. Nur im technokratischen Ökonomenjargon kann dies euphemistisch so

umformuliert werden: bei Kürzungen von Sozialleistungen steige der Anreiz, eine Arbeit anzunehmen. Die Mehrheit der Bezieherinnen der Sozialhilfe ist aber gar nicht erwerbsfähig, sie ist hierfür zu jung, zu alt oder zu krank. Um die richtigen Anreize kann es da gar nicht gehen. Pauschal wird auch insinuiert, es sei eben nicht so viel Geld da, um alle durchzufüttern. So geriert sich eine Arme verachtende Politik als ökonomisch kompetent.

Allerorts werden Arme diszipliniert und schikaniert und Reiche hofiert. Dies ist so evident, dass es in wirtschaftspolitischen Debatten fast nie kritisiert wird. Menschen bevorzugen oft die Ruhe gegenüber einem anstrengenden Kampf wider Ungerechtigkeit. Die Grenze zwischen Unglück und Ungerechtigkeit werde aber politisch gezogen, betonte Judith Shklar in *Über Ungerechtigkeit*. Die Not armer Kinder kann die Politik in Österreich bislang nicht erweichen. Dies sei halt die Schuld fauler Eltern oder einfach ein Unglück.

Angangspunkt einer Wirtschaftspolitik der Hoffnung wäre jedoch die Beachtung dieser Leidenserfahrungen. Nicht Experten, sondern die betroffenen Menschen hätten dann das entscheidende Wort. Erst dies würde es erlauben, Armut zu verstehen und die Idee der Leistungsgesellschaft und ihrer abstrusen Verheißungen zu kritisieren. Unter den selbst ernannten Leistungsträgern drängen sich aktuell unübliche Hilfsbedürftige vor. Im Fall der staatlichen Corona-Förderungen war die Verschwendung von staatlichem Geld für vermögende Unternehmer so eklatant, dass man nicht aufhören konnte, über das Ausmaß der staatlichen Zuwendungen zu staunen. Die Bevölkerung akzeptierte, lauter oder leise zähneknirschend, dass Vermögende als vermeintliche Bedürftige alimentiert wurden, mit jenen Geldern, die etwa in der Pflege und der Armutsbekämpfung so dringend fehlen. Nach subjektivem Empfinden kann jeder und jede arm sein. «Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit wiederum sind die Heucheleien der Reichen und Mächtigen, die es so meisterhaft verstehen, stets Elend anderer ohne Murren zu ertragen», schrieb Judith Shklar in ihrem Buch *Ganz normale Laster*.

Bei Heuchelei wissen wir vorab nicht, ob es sich um eine Selbsttäuschung oder um bewusste Täuschung anderer handelt. Heuchelei ist allgegenwärtig, und keiner von uns nutzt sie nicht zuweilen. Heuchler ziehen zwar Verachtung auf sich, aber erst, wenn sie als solche durchschaut werden. Die Beseitigung von Armut wäre aus Erbschaftssteuereinnahmen leicht zu finanzieren. Gemeinsam mit Markus Marterbauer zeige ich hierzu Zahlen in unserem Buch *Angst und Angstmacherei*. Doch eine Vermögensverteidigungsindustrie «unabhängiger» Thinktanks hält dagegen und konstruiert lieber Narrative zu vermeintlichen «Opfern des Staates». Eine beliebte ideologische Konstruktion der Vermögensverteidigungsindustrie lautet folgendermaßen: Eine Studentin ohne eigenes Einkommen erbt von ihren Eltern eine kleine Immobilie. Sie kann sich die Bezahlung der anfallenden Erbschaftssteuer nicht leisten und ist deshalb gezwun-

Am Beispiel der armen Studentin, die von der Erbschaftssteuer für die Familienwohnung finanziell überfordert ist, stimmt rein gar nichts.



gen, die Wohnung aufzugeben, in der sie vielleicht sogar selbst aufgewachsen ist. Diese Beispielerzählung von einer jungen Person in Einkommensnot soll eine angebliche existenzielle Dramatik bei der Besteuerung aufzeigen. Doch aus Statistiken wissen wir: Geerbt wird zumeist im Alter von rund sechzig Jahren. Knapp vor Pensionsantritt ist das Einkommen bei Akademikerkindern aber meist hoch, und geerbtes Immobilieneigentum ermöglicht die Aufnahme eines hypothekarisch besicherten Kredits, mit dem eine Erbschaftssteuer leicht bezahlt werden kann. Zudem sehen moderne Erbschaftssteuern sowieso die Möglichkeit der Stundung vor. Am Beispiel der armen Studentin, die von der Erbschaftssteuer für die Familienwohnung finanziell überfordert ist, stimmt rein gar nichts. Solche Sorgen sind konstruiert. Sie dienen allein den Interessen jener, die ungleich mehr erben als eine kleine Wohnung der Eltern. Und die ärmeren zwei Drittel der privaten Haushalte erben aktuell ohnehin nichts. In Erbschaftssteuerdebatten werden sie meist schlicht vergessen.

Doch neoliberale Angstmacherei funktioniert trotz ihrer augenscheinlichen Irrationalität. Upton Sinclair hat diese bürgerliche Gefühlslage in seinem Roman *Boston* treffend zusammengefasst: «Die Bourgeoisie verfällt in den Irrsinn, wenn sie ihren Besitz bedroht wähnt.» Eine drohende Enteignung durch eine Erbschaftssteuer wird medial permanent reinszeniert, und die Politik spielt engagiert mit. Sogar die vermeintlich progressiven Politiker:innen, die abends gerne die stille Weise der Gerechtigkeit antworten, heucheln zu den damit einhergehenden Belastungen der Reichen.

Es wird auch behauptet, eine Erbschaftssteuer bedeute eine willkürliche staatliche Umverteilung. Doch eine vorgeordnete «natürliche» Vermögensverteilung mit Erbschaften und Schenkungen gibt es nicht. Das Erbgeschehen ist rechtlich und institutionell gerahmt. Eigentum wird erst durch die Gesellschaft geschaffen. Genau dies soll vergessen werden, und Menschen sollen sich ängstigen, etwas zu verlieren, das sie noch gar nicht haben.

Die effektiven Erbschaftssteuersätze etwa in Deutschland erreichen bis zu fünfzig Prozent. Die pro Jahr anfallenden Erbschaften und Schenkungen dort werden auf 400 Milliarden Euro geschätzt, die Einnahmen des Staates aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer betragen 2020 aber nicht 200 Milliarden Euro, sondern nur 8,6 Milliarden Euro. Die tatsächliche Besteuerung beträgt demnach nur gut zwei Prozent.

Es ist ökonomisch unerklärlich, warum Einkommen aus Arbeitsleistung hoch besteuert werden, während gleichzeitig leistungslose Einkommen aus Erbschaft in Österreich nicht besteuert sind. Die Erbschaftssteuer war bereits in der Antike bekannt. Ihre Erhebung erfordert einen geringen Verwaltungsaufwand. Sie wird nicht jährlich eingenommen, wie eine Vermögenssteuer, sondern setzt nur im Erbfall an. Zum Zeitpunkt des Erbanfalls muss die Übertragung der Eigentümerschaft ohnehin ordnungsgemäß notariell abgewickelt werden.

Es ist die Heuchelei über die «schützenswerte Familie», welche all die vernünftigen Argumente für eine Erbschaftssteuer verdrängt. Das Leistungsprinzip, obzwar sonst so gern hinsichtlich der «Faulheit der Armen» herangezogen, kann sich nur auf die ei-

gene Leistung beziehen. Es ist naturgemäß keine eigenständige Leistung, Sohn oder Tochter reicher Eltern zu sein. Reiche Erb:innen kämpfen daher häufig mit Schuldgefühlen. In einer Gesellschaft, in der so viel von Leistung die Rede ist, wissen sie, dass ihre Vermögensmehrung ohne eigenes Zutun erfolgte. Die Leistungslosigkeit des Erbens bringt vor allem Liberale in intellektuelle Dilemmata. Gerade sie verfechten ja sonst wortreich ein abstraktes individuelles Leistungsprinzip, wobei sie oft ohnehin nur Erfolg im Berufsleben unter Leistung verstehen.

Wenn es ernst wird, wenigstens beim Geld, nehmen sie allerdings ihr eigenes Narrativ von der Bedeutung des Leistungsprinzips nicht besonders ernst, denn die Interessen der vermögenden Parteispender sind ihnen dann vermutlich wichtiger als logische Stringenz.

Die Vielzahl konzeptioneller Schwächen ihrer Argumentation ist den Gegner:innen der Erbschaftssteuer wohl auch bewusst. Das macht manche emotionale Heftigkeit in der Debatte verständlich.

Es ist naturgemäß keine eigenständige Leistung, Sohn oder Tochter reicher Eltern zu sein.



Viele Ängste haben ihren Sitz in der Familie, der Domäne der ohne eigene Leistung erhaltenen «Erbschaften». Die Ängste zeigen sich etwa in der Furcht vor einer Übervorteilung

durch andere Familienmitglieder und im Neid auf vermeintlich bevorteilte Geschwister. Diese Ängste, in familiären Erbkonstellationen benachteiligt zu werden, erschüttern das Vertrauen ins engste Umfeld. Innerhalb der Familie ist Leistung sowieso nicht entscheidend für materielle Zuwendungen. Fast niemand denkt ernsthaft darüber nach, ob er eher ein viel leistendes fremdes Kind oder die eigenen Nachkommen mit einer Zuwendung bedenken soll. Auch wenn die eigenen Kinder im Alltag immer wieder zu Leistung motiviert werden, so geht es gefühlsmäßig doch um andere Werte als Leistung. Es geht um Bevorzugung der Familie. Eine perspektivische Verengung in der Betrachtung des Erbens ist fast zu selbstverständlich, um die üblichen Heucheleien zu Chancengleichheit erkennen zu können.

Die «Familie» als Argument gegen eine Besteuerung von Erbschaften steht stets im Zentrum konservativer Verteilungspolitik. Familienwerte sind in der Gesellschaft wenig umstritten. Doch es ist heuchlerisch zu insinuieren, die Familie sei eine gemeinsame Wertebastion von Arm und Reich. Unter einem «Familienunternehmen» stellen sich die meisten kleine Gastwirtschaften und Minibetriebe vor. Doch gemeint sind auch multinationale Konzerne, und der Begriff des Familienunternehmens wird als Schutzschild missbraucht, um steuerliche Belastungen abzuwehren. Deutschlands bekannteste Lobbyvereinigung ist der «Verband für Familienunternehmen», der ohne Unterlass vor dem drohenden Ruin der Familienbetriebe infolge einer Erbschaftsbesteuerung warnt.

Erschwerend für eine rationale Debatte kommt hinzu: Obwohl die Familienbetriebe von unterschiedlicher Größe sind, gibt es bezüglich der Familienwerte tatsächlich Gemeinsamkeiten. Erbschaften können in armen Familien mit einer Fantasie von sozialem Aufstieg der Kinder verbunden sein. Benachteiligte richten ihre Hoffnung darauf, dass es wenigstens ihren Kindern besser

gehen soll. Sie wissen, dass sie selbst den eigenen schlechten Einkommensverhältnissen nicht entkommen können, aber sie hoffen auf ein besseres Leben für ihre Kinder und sparen für die Nachkommen ein wenig. Eine Erbschaftssteuer scheint ihnen daher als eine weitere Benachteiligung im Leben.

Die meisten Vorschläge zu einer Erbschaftssteuer suchen angesichts dieser Komplexität nur opportunistisch nach einem «kleinen Beitrag der Reichen». Ein solcher Almosensatz folgt aber der verfehlten Logik der Sozialhilfe. Unten wird ein Obolus gegeben und oben soll ein kleiner Beitrag genommen werden. Dies mag die politische Ordnung stabilisieren, basiert in Wahrheit aber auf Heuchelei, die zu Grausamkeit beiträgt. Moderate Vorschläge zu einer Erbschaftssteuer sehen enorme Freibeträge vor, vielfältige Ausnahmen von der Besteuerung und niedrige Steuersätze. Solche politischen Forderungen nach einer Erbschaftssteuer sind nur auf der symbolischen Ebene zu verorten. Die Politik will einen wohlfeilen Gerechtigkeitsbegriff im Mund führen, ohne es sich mit den mächtigen Vermögenden zu verscherzen. Die Reichen sollen nicht wirklich belastet werden. Doch warum eigentlich nicht, solange es gleichzeitig so viele Arme gibt?

Private Eigentumsansprüche entstanden historisch, um die Ansprüche der Mächtigen zu beschränken. Die enorme Konzentration von Eigentum jedoch, die die kapitalistische Gesellschaft hervorgebracht hat, lokalisiert die Macht wieder bei wenigen Milliardären. In den USA zahlt fast niemand mehr Nachlasssteuer. 2020 waren es nur noch 1900 Fälle im ganzen Land. Großes Privateigentum dient der Einschüchterung von Menschen und lähmt die Demokratie. Daher sind beim Eigentum Begrenzungen notwendig.

Erbschaften werden durch ihre unvermeidliche Verbindung mit dem Tod zu etwas Bedeutungsvollem. In den USA wird die Nachlasssteuer auch «Todessteuer» genannt. Beim Debattieren über Vor- und Nachteile einer Erbschaftssteuer schwingt klandestin auch immer der Bezug auf unsere Sterblichkeit mit. Menschen wollen Spuren hinterlassen, wollen im Herzen geliebter Personen erinnert werden. Eine Erbschaftssteuer scheint diesen Gefühlen zuwiderzulaufen. Im Gegenteil scheint es, dass der Staat sich hier in höchst private Belange einmische. Diese Ängste und die in ihnen gründenden Abwehrmechanismen werden aber auch genutzt, um schnöde Interessen der Reichen am Vermögen zu stärken.

Grausamkeit in der Wirtschaftspolitik meint nicht zuletzt die Schmähungen armer Menschen und die Schlechterbehandlung nach Klasse und Geschlecht. Der Technokraten-Jargon von Anreizen setzt stets unten an. Eine Erbschaftssteuer hingegen kann niemals Grausamkeit gegenüber Wohlhabenden sein.

Wirtschaftspolitisch betrachtet ist eine Erbschaftssteuer die geeignetste Form zur Finanzierung der Bekämpfung von Armut. Die Vermögen sind in den letzten vierzig Jahren weit stärker gewachsen als die Einkommen. Eine Erbschaftssteuer, die bereits ab einer Bagatell-

grenze einsetzt, Familienmitglieder nicht bevorzugt, alle Vermögensbestandteile gleichermaßen umfasst und progressiv ausgestaltet ist, das heißt mit sehr niedrigen Sätzen bei kleinen Erbschaften beginnt und mit hohen Steuersätzen bei großen Erbschaften endet, erbrächte ein Aufkommen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr. So viel - oder so wenig - wäre notwendig für eine *Null-Armut-Strategie*.

In ideologischen Auseinandersetzungen wird die Heuchelei zum zentralen Laster erklärt. Doch es ist ohnehin vorab offensichtlich, dass es den «Leistungsträgern» nicht um Leistung geht. Sie wollen keinen offenen Wettbewerb, obzwar sie diesen den Schlechtergestellten ad nauseam predigen. Der interessengeleitete Widerstand der Vermögenden gegen eine Erbschaftssteuer ist mit einem rationalen Diskurs nicht zu überwinden, er braucht eine demokratische Befassung, welche auf die konkreten Lebenserfahrungen von armen Menschen eingeht. Erst wenn sich Menschen nicht mehr um die Zukunft ihrer eigenen Kinder ängstigen, werden sie die eigenen Nachkommen vielleicht nicht zu bevorzugen suchen. Zu betonen ist das Wort *vielleicht*. Denn ein Staat, dem die Bevölkerung misstraut, schwächt die Kraft rationaler Gerechtigkeitsargumente. Ohne die Hoffnung auf eine solidarische Gesellschaft, die Steuereinnahmen für gesellschaftlich nützliche Ziele verwendet, wird man dem familiären Zusammenhalt immer den Vorzug vor einem Finanzierungsbeitrag für soziale Gerechtigkeit geben.

Wo Grausamkeit geduldet wird, breitet sich Angst aus. Angst lähmt das Handeln und auch das Denken. Die Vermeidung von Grausamkeit sollte daher der oberste normative Grundsatz politischer Ordnungen sein. Derzeit zeigt sich die Grausamkeit im Umgang mit Armut, die Heuchelei in der Rede von der Leistung. Pathetisch wird diese Heuchelei, wenn bereits bei minimalen Steuern von «Enteignung» die Rede ist.

Die übliche Ideologiekritik am Neoliberalismus, welche die verheimlichten Interessen der Mächtigen ausmacht und deren eigennützige Propaganda dechiffriert, reicht nicht aus. Zusätzlich muss aufgezeigt werden, in welcher Weise die Politik die Erfahrungen und Gefühle Leidender negiert. Grausamkeit lässt sich nur mildern, indem wir Menschen für unser aller Hilfsbedürftigkeit sensibilisieren. Eine wirksame Bekämpfung der Armut materiell und psychisch belasteter Kinder wäre ein realistisches Ziel für ein

freies und unverbogenes Leben aller. Judith Shklar spricht von «passiver Ungerechtigkeit», wenn nichts getan wird, obwohl etwas getan werden könnte. Wenn Ruhe mehr gilt als Gerechtigkeit, dann wird der gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Status quo unhintergebar. Erst wenn die Ruhe gestört wird, kann die Grausamkeit in der Verachtung der Armen nicht mehr heuchlerisch verborgen werden.

Erst wenn sich Menschen nicht mehr um die Zukunft ihrer eigenen Kinder ängstigen, werden sie die eigenen Nachkommen nicht zu bevorzugen suchen.



THOMAS EDER, geb. 1968, Literaturwissenschaftler, Lehrbeauftragter am Institut für Germanistik der Universität Wien, Leiter des Referates für Publikationen und Grafik im österreichischen Bundeskanzleramt. Monografien zu Reinhard Priessnitz sowie Herausgabe zahlreicher Bücher u.a. zu Oswald Wiener, Heimrad Bäcker oder Konrad Bayer. Zuletzt erschienen: *Dieter Roth. Zum literarischen Werk des Künstlerdichters* (Hg. mit Florian Neuner, edition text + kritik 2021), *Die Sprachkunst Gerhard Rühms* (Hg. mit Paul Pechmann, edition text + kritik 2023) und *Oswald Wieners Denktheorie* (Hg. mit Thomas Raab und Michael Schwarz, De Gruyter, erscheint Juni 2023).

FRIEDRIKE GÖSWEINER, geb. 1980 in Rum/Tirol. Sie studierte Germanistik und Politikwissenschaft in Innsbruck und arbeitet seither als Autorin, Lektorin und Rezensentin. 2016 erschien bei Droschl ihr erster Roman *Traurige Freiheit*, für den sie den Österreichischen Buchpreis in der Kategorie Debüt erhielt. Zuletzt veröffentlichte sie den Roman *Regenbogenweiß* (Droschl 2022). Die Arbeit daran ist Gegenstand der in diesem Heft dokumentierten zweiteiligen «Wiener Vorlesung zur Literatur», die die Autorin am 5. und 6. Dezember 2022 in der Alten Schmiede hielt.

VALENTIN GROEBNER, geb. 1962 in Wien, lehrt Geschichte an der Universität Luzern. Zuletzt erschienen: *Ferienmüde. Als das Reisen nicht mehr geholfen hat* (Konstanz University Press 2020) und *Bin ich das? Eine kurze Geschichte der Selbstauskunft* (S. Fischer 2021). Im März 2023 veröffentlichte er bei Konstanz University Press den Essay *Aufheben. Wegwerfen. Vom Umgang mit schönen Dingen*.

SABINE GRUBER, geb. 1963 in Meran (I). Studium der Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft in Innsbruck und Wien. Lebt in Wien. Zuletzt erschienen: *Daldossi oder Das Leben des Augenblicks* (Roman, C.H.Beck 2016, dtv 2018), *Am Abgrund und im Himmel zuhause* (Gedichte, Haymon 2018); *Am besten lebe ich ausgedacht* (Gedichte, Haymon 2022). Ihr neuer Roman, *Die Dauer der Liebe*, dessen Anfang in diesem Heft als Vorabdruck zu lesen ist, erscheint im Juli 2023 bei C.H.Beck. www.sabinegruber.at

LOIS HECHENBLAIKNER, geb. 1958, ist im Tiroler Alpbachtal aufgewachsen. Seit den 1990er-Jahren setzt er sich mit dem tourismusbedingten Wandel seiner Heimat auseinander. Seine Arbeiten waren in zahlreichen Gruppen- und Einzelausstellungen zu sehen, zuletzt 2021 im Museum Ulm, in der Galerie Fotografic in Prag und 2023 als Bühneninstallation für das dokumentarische Theaterprojekt *Gondelgeschichten* am Tiroler Landestheater. Bei Steidl erschienen von ihm die Fotobücher *Winter Wonderland* (2012), *Hinter den Bergen* (2015), *VolksMusik* (2019), *Ischgl* (2020) und zuletzt *Intensivstationen* (April 2023).

HUGO KURT lebt in Wien. Literarische Publikationen unter verschiedenen Kryptonomen in österreichischen und deutschen Literaturzeitschriften seit 1982; Gedichte, Prosa, verschiedene Buchpublikationen. Hörspiel: *Gegen Weinen Gegen Klagen Gegen Hoffen Gegen Zagen - kein Sonntag Jubilate mehr. Oratorium für Sprechmedium* (WDR, 1986).

ANDREAS LEHMANN, geb. 1977 in Marburg, hat Buchwissenschaft, Amerikanistik und Komparatistik in Mainz studiert, lebt in Leipzig. Robert-Gernhardt-Preis 2022. Er war zweimal Teilnehmer des Open Mike-Wettbewerb der Literaturwerkstatt Berlin, und er hat Werkstattstipendien der Jürgen-Ponto-Stiftung, der Autorenwerkstatt Prosa des Literarischen Colloquiums Berlin und der Romanwerkstatt im Literaturforum des Brecht-Hauses Berlin erhalten. 2018 erschien sein Debütroman *Über Tage*, 2021 der Roman *Schwarz auf Weiß*, 2023 der Erzählband *Lebenszeichen* (alle im Karl Rauch-Verlag, Düsseldorf).

CHRISTIAN METZ, geb. 1975, in Bad Homburg. Professor für Neuere deutsche Literatur an der RWTH-Aachen University. Promotion in Deutscher Literaturwissenschaft (2008) an der Goethe-Universität Frankfurt. 2015 Habilitation zum Thema «Kitzel. Genealogie einer menschlichen Empfindung». Literaturkritiker für die F.A.Z., den Deutschlandfunk und 3sat. 2020 mit dem Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik ausgezeichnet. Jüngste Buchveröffentlichungen: *Poetisch Denken. Die Lyrik der Gegenwart* (S. Fischer 2018), *Kitzel. Genealogie einer menschlichen Empfindung* (S. Fischer 2020), *Beugung. Poetik der Dokumentation* (Verlagshaus Berlin 2020).

MALTE PERSSON, geb. 1976 in Göteborg/Schweden, lebt in Berlin. Debütierte 2002 mit dem Roman *Livet på den här planeten*. Seitdem hat er mehrere Gedichtbände und Kinderbücher veröffentlicht. Für seinen zweiten Roman, *Edelcrantz förbindelser* (2008), war er für den schwedischen August-Preis nominiert. Er schreibt zudem Literaturkritiken für die schwedische Tageszeitung *Expressen*, und ist auch als Übersetzer aus dem Deutschen tätig, (u.a. Thomas Kling, Heinrich Heine und Rainer Maria Rilke). Die hier veröffentlichten Gedichte stammen aus dem Band *Till dikten* («An das Gedicht»), der 2018 bei Bonnier in Stockholm erschien.

MEINHARD RAUCHENSTEINER, geb. 1970 in Wien, Studium der Philosophie, Filmemacher, Schriftsteller, Ministerialrat in der Österreichischen Präsidentschaftskanzlei. Bücher u.a.: *Das kleine ABC des Staatsbesuches* (2011/2020), *Gegenverkehr* (2021), *Diverse Tode* (2023, alle bei Czernin). Filme u.a.: *Herbst* (2015), *Mk 10,25* (2018), *Papa Roma* (2019), *Der antifaschistische Zoo* (2021).

MARTIN REITERER, geb. in Meran. Studium der Germanistik und Philosophie in Wien und Berlin, lebt in Wien. Lehrer für Deutsch als Fremdsprache und freier Journalist, lebt und arbeitet in Wien. Publikation: «Comicland Österreich», in: *Literatur und Kritik*, Nr. 525/526 (Juli 2018).

E. A. RICHTER, geb. 1941 in Tulbing (Niederösterreich), Fachschule für Wirtschaftswerbung, Studium der Germanistik und Geschichte in Wien. Lebt in Wien. Letzte Veröffentlichungen: *Fliege. Roman eines Augenblicks* (2010), *Schreibzimmer* (2012), *Der zarte Leib* (2015), *An Lois* (2019; alle in der Edition Korrespondenzen).

ANDREA ROEDIG, geb. in Düsseldorf, promovierte im Fach Philosophie. Von 2001 bis 2006 leitete sie in Berlin die Kulturredaktion der Wochenzeitung *Freitag*. Seit 2007 lebt und arbeitet sie in Wien, schreibt als freie Publizistin für diverse deutsche und österreichische Medien. Seit Mai 2014 Mitherausgeberin des *wespennest*. Etliche ihrer Reportagen und Essays erschienen in Buchform unter den Titeln *Über alles was hakt* (2013) und *Schluss mit dem Sex* (2019, beide bei Klever). Zuletzt erschienen: *Man kann Müttern nicht trauen* (dtv 2022).

HAZEL ROSENSTRAUCH, geb. 1945 in London, aufgewachsen in Wien, lebt und arbeitet als freie Autorin in Berlin. Studierte Germanistik, Soziologie und empirische Kulturwissenschaften in Berlin und Tübingen, forschte und lehrte an verschiedenen Universitäten und betreute u.a. an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften die Zeitschrift *Gegenworte*. Bücher u.a.: *Wahlverwandt und ebenbürtig. Caroline und Wilhelm von Humboldt* (Die Andere Bibliothek 2009, 2017), *Congress mit Damen. Europa zu Gast in Wien 1814/1815* (Czernin 2014), *Simon Veit. Der missachtete Mann einer berühmten Frau* (Persona 2019).

VALÉRIE ROUZEAU, geb. 1967 in Cosne-sur-Loire/Frankreich, Autorin von rund zwanzig Gedichtbänden, Essays. Übersetzungen von u.a. Sylvia Plath, Ted Hughes, William Carlos Williams sowie Chansons für die Rockband Indochine. 2012 erhielt sie für den Gedichtband *VROUZ* den Prix Apollinaire sowie 2015 den Prix Robert Ganzo für ihr Gesamtwerk. Publikationen (Auswahl): *Pas revoir. Neige rien*, La Table Ronde, Paris, 2010. (*Pas revoir*, EA 1999; *Neige rien*, EA 2000), *Va où* (2002; 2015); *Ephéméride* (2020).

BIRGIT SAUER ist Politikwissenschaftlerin und Professorin i.R. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politik der Geschlechterverhältnisse, Staats- und Demokratietheorie, Rechtspopulismus sowie Politik und Affekte. Zuletzt erschienen (gemeinsam mit Otto Penz): *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten* (Campus 2023).

MARTIN SCHÜRZ, geb. 1964 in Wien, wo er als Ökonom und Psychotherapeut arbeitet. Er ist Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und tätig in der Boje, einem Ambulatorium für Kinder in Krisensituationen. 2019 erschien bei Campus sein Buch *Überreichtum*, das mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch ausgezeichnet wurde. 2022 folgte bei Zsolnay *Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht* (gemeinsam mit Markus Marterbauer).

STEPHAN STEINER, Historiker, Essayist und Kritiker. Habilitiert an der Universität Wien (Venia für die Geschichte der Neuzeit). Professur an der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien. Leiter des Instituts für transkulturelle und historische Forschung. Herausgeber der politischen Schriften von Jean Améry. Zahlreiche Monografien zur Gewaltgeschichte der Neuzeit. Nähere Informationen unter <https://www.sfu.ac.at/de/person/univ-prof-dr-stephan-steiner/>

NATASCHA STROBL, geb. 1985 in Wien, ist Politikwissenschaftlerin und Publizistin. Sie schreibt unter anderem für den *Standard*, *Zeit online* und die *taz*. Auf Twitter veröffentlicht sie unter #NatsAnalyse Einschätzungen zu rechter Sprache und rechten Strategien. Zuletzt erschien von ihr *Radikalisierter Konservatismus* (Suhrkamp 2021), für das sie den Anerkennungspreis des Bruno-Kreisky-Preises für das Politische Buch 2021 erhielt.

ULRICH VAN LOYEN, geb. 1978 in Dresden, Promotion in Neuerer deutscher Literatur (München) und Ethnologie (Bern). Lebt nahe Rom und arbeitet als Medienwissenschaftler für die Universität Siegen. Auf Deutsch erschienen zuletzt: *Neapels Unterwelt. Über die Möglichkeit einer Stadt* (2018) und *Der Pate und sein Schatten. Die Literatur der Mafia* (2021), beide bei Matthes & Seitz Berlin.

CHRIS ZINTZEN, Kulturwissenschaftler und Autor (Wien), ist Verfasser von Lexikonartikeln etwa zu Friedrich Achleitner und Gerhard Rühm (*Lexikon der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur*, hg. v. S. Cramer u. T. Kraft), Zusammenarbeit mit AutorInnen wie Franz Mon, F.J. Czernin, H. Römer u. v. a. im Rahmen der Reihe «Literatur als Radiokunst» (ORF «Kunstradio»). Zuletzt erschienen: «Zen, Riverrun, usw.», *flugschrift* 41, November 2022.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Verleger:
Verein Gruppe Wespennest

Herausgeberinnen:
Andrea Roedig, Andrea Zederbauer
Redaktion:
Florian Baranyi, Thomas Eder (Buch),
Stefan Fuhrer (Foto), Jan Koneffke (Literatur),
Reinhard Öhner (Foto), Ilija Trojanow (Reportage)
Ständige redaktionelle Mitarbeit:
George Blecher (New York)
György Dalos (Budapest/Berlin)
Jyoti Mistry (Johannesburg)
Franz Schuh (Wien)

Korrektur:
Ingrid Kaufmann

Buchhandelsvertretungen:
Österreich: Karin Pangl, Jürgen Sieberer
Südtirol: Karin Pangl
Deutschland: Katharina Brons und Jens Müller (Bayern),
Nicole Grabert (Baden-Württemberg), Peter Wolf Jastrow und
Jan Reuter (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern),
Torsten Spitta (Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt), Karl
Halppap (Nordrhein-Westfalen), Torsten Hornbostel und
Michaela Wagner (Hamburg, Bremen, Niedersachsen,
Schleswig-Holstein), Jochen Thomas-Schumann (Hessen,
Rheinland-Pfalz, Saarland, Luxemburg)
Schweiz: Philippe Jauch c/o Buchzentrum AG

Auslieferungen:
A: Mohr Morawa Buchvertrieb
D: NV Nördlinger Verlagsauslieferung
CH: Buchzentrum

Pressevertrieb Kiosk, Bahnhofs- und Flughafenbuchhandel:
A/D: UMS Pressevertrieb Limited

Geschäftsführung: Andrea Zederbauer
Alle: A-1020 Wien, Rembrandtstraße 31/4
Tel.: +43-1-332 66 91, Fax: +43-1-333 29 70
E-mail: office@wespennest.at
Homepage: www.wespennest.at

Visuelle Gestaltung: fuhrer
Druck: Walla

Für unverlangt eingesandte Manuskripte ohne Rückporto keine Gewähr.
©, wenn nicht anders angegeben, bei den Autoren und Fotografen. Nachdruck der Texte nur mit Genehmigung der Autoren unter genauer Quellenangabe erlaubt. Der Nachdruck der Fotografien im Ganzen oder als Ausschnitt sowie jede sonstige Form der Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Fotografen.

ISBN 978-3-85458-184-0
ISSN: 1012-7313

Bezugsbedingungen:
Einzelheftpreis: € 14,-
Abonnement Inland: € 42,- / Ausland: € 46,- (für vier Ausgaben inkl. Porto / 2-Jahres-Abo)
Abonnements verlängern sich automatisch, sofern sie nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt werden.

Bankverbindung:
BAWAG P.S.K. | BIC BAWAAT33
IBAN AT25 6000 0000 0718 0514

Erscheinungsweise: halbjährlich
Verlagsort: 1020 Wien

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich



Wespennest ist Mitinitiator der internationalen Netzzeitschrift Eurozine. www.eurozine.com



An unsere Leserinnen und Leser

2001, kurz bevor der EURO auch als Bargeld Wirklichkeit wurde, haben wir als Redaktion und Verlag Ihnen die letzte Preissteigerung zugemutet. Seither kostete das Einzelheft der Zeitschrift wespennest 12,- Euro, das Abonnement 36,- bzw. 40,- Euro (innerhalb bzw. außerhalb Österreichs).

Nach zweiundzwanzig Jahren ist es Zeit für eine moderate Anpassung.

Ab 2023 gelten die folgenden neuen Preise (inkl. Versand):

Einzelheft: 14,- Euro
Abonnement innerhalb Österreichs: 42,- Euro
Abonnement außerhalb Österreichs: 46,- Euro

Wir danken für Ihr Verständnis!



Wespennest 181

Verzicht

Verzicht - das klingt nach Entbehrung und Krisenjahren. Doch solange wir es uns leisten können, auf etwas zu verzichten, ist die große Katastrophe noch nicht eingetreten.

**112 Seiten/€12,-,
ISBN 978-3-85458-181-9**



Wespennest 182

Zufall

Unzählig sind die Versuche, den Zufall zu berechnen und zu lenken, denn als Schicksal etwa ist er zutiefst ungerecht. Für die Kunst jedoch bleibt er unerschöpfliche Quelle der Inspiration. Ein Heft über die Frage, wie man findet, was man nie gesucht hat.

**112 Seiten/€12,-,
ISBN 978-3-85458-182-6**



Wespennest 183

Gefälscht

Das Bedürfnis, zwischen Lüge und Wahrheit, zwischen Echt und Falsch zu unterscheiden, scheint ein ethisches Gebot zu sein und besteht nicht erst seit den Zeiten von Fake News. Was aber, wenn man Fakt und Fiktion nicht so leicht unterscheiden kann?

**104 Seiten/€12,-,
ISBN 978-3-85458-183-3**

Lieferbare Hefte früherer Jahrgänge:

Nr. 9, 11-13, 15-18, 26-39, 41-46, 49, 53
€ 3,70 / Nr. 54, 55, 60, 62, 65, 67 € 4,40 /
Nr. 47, 50, 51, 71, 75-79 € 5,- / Nr. 48, 80,
83-87 € 5,80 / Nr. 88, 89, 91-93, 95 € 6,60 /
Nr. 68, 72, 74, 81, 82, 97-99 € 7,90 / Nr. 90,
94, 100-106 € 9,40 / Nr. 107-123 € 10,- /
ab Nr. 124 € 12,-. Vergriffen: Nr. 1, 2-8, 10,
14, 19-25, 40, 52, 56-59, 61, 63, 64, 66, 69,
70, 73, 96. Fordern Sie unseren kosten-
losen Prospekt an!

**WESPENNEST BEIM BUCHHÄNDLER –
WESPENNEST BEI DER BUCHHÄNDLERIN**

ÖSTERREICH:

Wien a.punkt, Frick, Hartliebs Bücher, Walther König im Museumsquartier, Leporello, Lhotzkys Literaturbuffet, Manz, Morawa Wollzeile, ÖBV, Oechsli Buch & Papier, Orlando, Posch, Riedl, Thalia/Kuppitsch, tiempo nuevo, Valora Retail Bahnhofsbuchhandlung Westbahnhof

Wiener Neustadt Hikade

Linz Alex, Morawa, Valora Retail

Gmunden Mythos - Film, Musik, Literatur

Salzburg Rupertus, Valora Retail

Innsbruck Studia Universitätsbuchhandlung, Tyrolia

Feldkirch Pröll

Klagenfurt Haid, Landhaus

DEUTSCHLAND:

Berlin Akademische Buchhandlung Werner, do you read me?!, Kisch & Co., Motzbuch, Marga Schoeller Bücherstube

Bonn buchLaden 46

Frankfurt Autorenbuchhandlung, Karl Marx

Konstanz Zur Schwarzen Geiß

Ludwigsburg Mörike

München Lehmkuhl

Norderstedt Buchhandlung am Rathaus

Potsdam Wist Literaturladen, Script Buchhandlung

Rostock andere buchhandlung

Saarbrücken Buchhandlung Hofstätter

Schwerin Littera et cetera

Simbach/Inn Anton Pfeiler jun.

Weilheim Buttner

Wiesbaden Wiederspahn

SCHWEIZ:

Baden Librium Bücher AG

Basel Labyrinth, Buchhandlung Stampa

Weinfelden Buchhandlung Klappentext

Wetzikon Buchhandlung und Antiquariat Erwin Kolb

Winterthur buch am platz

Zürich sec52, Buchhandlung Calligramme

SÜDTIROL:

Buch-Gemeinschaft Meran

Im Vertrieb von

C.H.BECK
www.chbeck.de